

## **Peter Porsch: Festrede zum 30-jährigen Bestehen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen**

### Sehr verehrte Festgäste

Der slowenische Philosoph Slavoj Žižek sagt uns, die Beschäftigung mit der Vergangenheit „... bedeutet nur, dass wir, um unsere Zukunft zu ändern, erst unsere Vergangenheit nicht verstehen, sondern ändern müssen, indem wir sie neu interpretieren, dass sie sich einer anderen Zukunft öffnet als der, die in der vorherrschenden Sicht der Vergangenheit beschlossen ist.“

Unsere Linke Landtagsabgeordnete Luise Neuhaus-Wartenberg hat kürzlich dieses Zitat des slowenischen Philosophen zum Motto eines Redebeitrages im Landtag gemacht, der sich mit unserer Einschätzung des Mauerbaus in Berlin vor 60 Jahren beschäftigte. Dass dazu eine andere Interpretation nötig ist als die der einstigen SED vom „Antifaschistischen Schutzwall“ ist seit langem einsichtig. Was diese Mauer in der Weltgeschichte und für den Verlauf der deutschen Geschichte bedeutet hat, bedarf jedoch sicher auch heute wieder neuer interpretativer Überlegungen. Zumal in Zeiten, in der die Welt voller Mauern ist und das Mittelmeer zum größten Todesstreifen der Menschheitsgeschichte geworden ist.

Aber was hat nun dieses Zitat mit dem 30jährigen Jubiläum der Gründung eines Vereins zur Gründung einer Rosa-Luxemburg-Stiftung in Sachsen und unserem heute so genannten „Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.“ zu tun?

Eine Antwort tut sich erstens bereits bei der Nennung des engen Kreises der unmittelbaren Gründer\*innen auf: Walter Markov, Gustav Seeber, Manfred Kossok und Juliane Krummsdorf. Drei Historiker und eine leidenschaftliche Bibliothekarin. Die Historiker waren bei ihrem Gegenstand, wenn es um eine neue Interpretation der Situation der deutschen Linken nach dem gerade stattgefundenen Verschwinden der DDR aus der politischen Realität der Welt ging. Die Bibliothekarin war in ihrer Welt, weil es um den Erhalt der Dokumentation des Vergangenen ging, um es wissenschaftlich interpretieren und neu politisch wirksam machen zu können.

Die Genannten waren natürlich nicht die Einzigen, die brennendes Interesse an der Stiftungsgründung hatten. Mehr als 100 Teilnehmer\*innen fanden sich zur Gründungsversammlung ein. Die Sicherung einer neuen Interpretation des Zusammengebrochenen sollte ein wesentlicher Stiftungsgrund sein.

Aber was soll heute der Gedanke einer neuen Interpretation einer doch - der Sachbericht zu unserer Mitgliederversammlung am Vormittag hat es gezeigt - weitgehend erfolgreichen Entwicklung unserer Stiftung?

Zum Ersten liegen die Ausführungen zu Sinn und Zweck der Stiftungsgründung nachlesbar in der Nummer 1 der Mitteilungen des „Verein zur Förderung einer Rosa-Luxemburg-Stiftung“ vor. Gustav Seeber schreibt dort in einem Vorwort: „... daß die Gründung des Fördervereins auch dem Bedürfnis entgegenkam, Möglichkeiten der Selbstverständigung und der Kommunikation ausfindig zu machen. dabei wurde ... schon sehr deutlich ... daß es sich nicht um einen >>Nostalgie-Verein<< handeln kann, daß neue Fragen aufgegriffen, Widersprüche und Probleme der Gegenwart mit Blick auf die Zukunft diskutiert werden sollen ...“ (ebenda, S. 4)

Der Philosoph Helmut Seidel lieferte dann 27 Thesen zur Frage, ob denn in der gegebenen Situation das Prinzip Hoffnung am Ende sei und stellte in der 1. These sehr dialektisch fest: „Solange noch das Prinzip Hoffnung in Frage gestellt wird, so lange ist es nicht zu Ende.“

In der 2. These führte er dann eine allgemein gültige apodiktische Wahrheit aus, nämlich: „... jede Zukunft hat auch ihre Vergangenheit im Bauch, die verdaut werden muss, auch wenn sie einem noch so schwer im Magen liegt.“ (ebenda, S. 9)

Das gilt für alle Überlegungen für die Zukunft. Es gilt auch, dass sich jede Beschäftigung mit der Vergangenheit der Zukunft öffnen muss, sonst bleibt sie simples nostalgisches Geschwätz. Und es gilt auch unverrückbar, dass die Vergangenheit im Bauch verdaut werden muss und wenn das noch so viele Bauchschmerzen bereitet.

Helmut Seidel hat sich dem in aller Konsequenz gestellt: „Verdrängung der Geschichte führt zu Substanzverlust“ oder „Differenzen sind ebenso unvermeidlich wie Differenzierungen notwendig, werden diese (aber) exorbitant gemacht, dann wächst die Gefahr, daß Übereinstimmungen in den Hintergrund verdrängt werden oder ganz verschwinden...“ Das Bild ist derb, aber bei der Verdauung trennt sich das, was für Kraft und Leben unverzichtbar ist, von dem, was weg kann.

Ich habe diese Zitate aus den Thesen herausgelöst, weil sie mir Orientierung gaben für aktuelle Gedanken zur jetzt dreißigjährigen Stiftung. Wir hatten relativ ruhige Zeiten und wir hatten sehr bewegte, konfliktreiche Zeiten. An beiden war ich auch persönlich beteiligt. Dennoch und gerade deshalb geht es mir aber nicht um nachträgliche Fortsetzung konkreter, nicht immer erfreulicher Auseinandersetzungen, noch weniger um nachträgliche Revanchefouls. Ich will nur einen Anstoß geben zum Weiterdenken des Charakters unserer Stiftung und den Möglichkeiten, die damit verbundenen Zwecke und Aufgaben weiter entwickeln und vor allem weiter führen zu können. Gerade Letzteres ist in der gegenwärtigen Situation einer Krise der Linken und ihrer Konsequenzen auch für unsere materiellen Möglichkeiten nicht wirklich sicher.

Was Helmut Seidels Thesen betrifft, nur noch so viel: Ich empfehle dringend eine ausführlichere Diskussion in Stiftungsveranstaltungen. Sie sind eine Fundgrube von intellektuellen Impulsen auch für die aktuell notwendige und ja auch schon stattfindende Weiterentwicklung linker Theorie und politischer Praxis.

Ich empfehle es deshalb auch mit gebotener Dringlichkeit, weil die Krise der Linken konform geht mit einer Krise der Gesellschaft, ja diese in gewissem Maße sogar verursacht und aus dieser zugleich resultiert. Bewältigen wir diese Krise nicht, so fällt die Gesellschaft in die Hände von Rechten. Davor werden uns Konservative nicht bewahren, auch wenn wir sie als ehrlich gemeintes Korrektiv zur vorherrschenden Rechtsentwicklung wahrnehmen.

Ich will keinen Weg gehen, auf dem sich Rechte rumtreiben. Ich will sie auch nicht zur Seite räumen müssen, um den Weg frei zu machen. Solche Wege gehen in die falsche Richtung. Unsere Richtung wollen wir selbst bestimmen, zum richtigen Ziel.

Helmut Seidel weiß 1991 und es ist in unserer heutigen Krise so aktuell wie damals: „Vieles ist zu verwerfen, anderes kritisch zu prüfen. Anzuknüpfen aber ist am Antifaschismus und an der mit ihm verbundenen deutschen demokratischen Kultur. Bitter (so sagt er 1991)

heute zu lesen, welche große Hoffnungen große Frauen und Männer der geistigen Kultur mit dem anderen, neuen Deutschland verbanden. Die Hoffnungen sind zerstoßen. Ob sie je wieder wie Phönix aus der Asche emporsteigen. Es liegt vielleicht auch ein wenig an uns.“

Ja, ja und nochmals ja, es liegt an uns. Und unser Phönix war nicht völlig in der Asche versunken. Nein, nein und nochmals nein, er konnte sogar zeitweilig sein Haupt daraus wieder erheben. Das lag auch an uns. Es lag an linken Bewegungen, an einer linken Partei, es lag an beider politischer Praxis, und nicht zuletzt auch an einer nicht zu vernichtenden linken Wissenschaft und ihrer Lehre.

In einem Gespräch über die Aufgaben der Stiftung wies mich einmal eine kluge und vor allem in sozialen Brennpunkten sehr aktive Genossin darauf hin, dass Wissenschaft, Partei und Bewegungen als Themenquellen der Stiftungsarbeit immer in eine ausgewogene Verknüpfung gebracht werden müssten. Sie stellte fest, dass dies in der Bundesstiftung besser gelänge als in unserer Landesstiftung und hob dabei die Zeitschrift LUXEMBURG hervor..

Ich will jetzt keine Noten zur Realisierung dieser Ausgewogenheit verteilen. Wohl aber will ich kurz nachdenken, wie unsere Stiftung durch diese drei Themenquellen und ihr Verhältnis untereinander geprägt war und ist und wie dadurch auch Konfliktlagen in der Stiftung hervorgebracht und beeinflusst wurden und werden.

Die Gründungsgeschichte und die Geschichte ihrer weiteren Existenz zumindest über die ersten 20 - 25 Jahre war wesentlich geprägt von einer Mitgliedschaft aus dem universitären akademischen Bereich. Das war ja kein Wunder. Die Gründungsväter und -mütter kamen zahlreich aus den sächsischen Universitäten und Hochschulen, wo man ihnen oft die Arbeit, den Ruf und jegliche Perspektive genommen hatte. Ich hatte Einsicht in die „Schwarze Liste“ des damaligen Wissenschaftsministers. Es waren hunderte Eintragungen von renommierten Professor\*innen bis hin zu Assistent\*innen, Aspirant\*innen und anderem akademischem Personal, die nie mehr in einer sächsischen Hochschule, Universität und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen Arbeit bekommen sollten. Die Liste las sich wie ein Verzeichnis der wissenschaftlichen Eliten Sachsens.

Viele von ihnen hatten übrigens eine besondere Biographie. Ihre Karriere war ihnen nicht mit der herausgehobenen sozialen Herkunft in die Wiege gelegt. Eine soziale Provokation für das privilegierte Bürgertum.

Es waren diese heimat- und nicht selten zunächst brotlos Gewordenen, die sich mit der Stiftung eine neue Möglichkeit der Wirksamkeit und auch der sinnvollen Weiterarbeit an ihren Ideen und Projekten schufen. Es war damit verbunden die Rettung des marxistischen Wissenschaftsparadigmas. Das brachte dann auch unter dem Dach unserer Stiftung beträchtliche, in ihrem Wert nicht hoch genug einzuschätzende Ergebnisse, die aufzuzählen hier heute nicht die Zeit wäre. Viele Veranstaltungen hatten Vorlesungs- und Seminarcharakter von hoher Qualität. Diese Tradition ist ja nicht abgebrochen. Es gilt sie weiterzuführen. Sie brachte jedoch auch eine gewisse Dominanz des Akademischen - personell, inhaltlich und methodisch. Die Stiftung war auch - wenigstens im Ansatz - eine alternative Universität und als Versammlung der Gelehrten so etwas wie eine alternative, sogar sozialistische Akademie der Wissenschaften.

Das war wahrlich nichts Schlechtes, aber doch etwas Besonderes. Es gab uns einen Flair, der sehr unterschiedlich in soziale Milieus hineinwirkte. Irgendwie waren wir dadurch - Ausnahmen bestätigen wie immer die Regel - eine besondere, nicht geschlossene, aber auch nicht vollständig offene Gesellschaft. Das brachte Gewohnheiten und Ansprüche mit sich, die bei uns zum Glück gut aufgehoben waren, jedermanns und jederfrau Sache aber auch nicht waren. Hineinwirken in die neuen akademischen Eliten war z.B. nur bedingt erfolgreich.

Die Moritzbastei war als Veranstaltungsquartier und Symbol zur Anknüpfung an junge akademische Milieus für ältere Akademiker\*innen durchaus attraktiv. Sie war ja für so manche Symbol des eigenen akademischen Anfangs. In ein Milieu wie das Conne Island hätte man sich in den 90er und im ersten Jahrzehnt der 2000er aber sicher noch nicht getraut.

Das erklärt schon, warum gegen den letzten Umzug der Geschäftsstelle die Nähe zur Universität und ihrer altherwürdigen Bibliothek vorgebracht wurde. Es kann vielleicht auch erklären, warum der neue Standort als dezentral wahrgenommen wurde, obwohl er vom Bahnhof nicht weiter entfernt ist als die Harkortstraße und mit Öffis mindestens genau so gut erreichbar. Und es erklärt wohl auch, warum die Kultur des städtischen Quartiers, in dem sich jetzt unsere Geschäftsstelle befindet, dem akademischen Milieu ferner empfunden wurde, als die Harkortstraße.

Ich will mich dazu in keine weiteren Überlegungen verlieren. Da könnte man sich bald im gefährlichen Gestrüpp von Spekulationen verlieren. Ich verstehe aber, dass dem doch sehr massiven Widerstand gegen den Umzug ein Verlustempfinden zu Grunde lag gegenüber dem lange gepflegten und gelebten sozio-kulturellen Charakter der Stiftung.

Der Umzug machte jedoch auch eine Entwicklung evident, die sich längst im Schoße der alten Verhältnisse andeutete: Es klopfte eine neue studentische Generation an unsere Tür. Sie lebt unter anderen Bedingungen als wir Alten sie kannten. Ihr sind zwangsläufig alte akademische Traditionen und Lebensziele eher fremd. Studierende und junge Wissenschaftler\*innen wollten sich jedoch die Freiräume und Ressourcen, die wir zu bieten haben, nutzbar machen. Sie tragen vor allem Ansprüche neuer sozialer, kultureller, wissenschaftlicher Bewegungen und Projekte in unterschiedlichster Weise in die Stiftung hinein. Es ist ihr gutes Recht, denn zumindest unsere materiellen Ressourcen werden von der Gesellschaft finanziert. Wer will es uns allen jedoch übel nehmen, wenn diese Prozesse nicht konfliktfrei passieren sollten. Die Konflikte sind an die Generationen gebunden. Es sind methodische Konflikte. Es sind soziale Konflikte, kulturelle, ja simple alltagskulturelle Konflikte und sie werden oft auch zu politischen. In ihnen begegnen sich verschiedene Sprachlichkeiten, die selbst wieder zu Konfliktursachen werden und das Austragen von Differenzen behindern können.

Na und ? Eine links drehende Stiftung politischer Bildung muss das aushalten können. Vor allem aber, muss sie solche Konflikte produktiv und solidarisch austragen können. Vieles ist uns dabei gelungen; einiges auch kräftig misslungen. So manches steht uns sicher auch noch bevor. So wenig wie wir als ausschließlich alternative „Akademie“ hätten überleben können und könnten, so wenig könnten wir jedoch auch eine Reduktion auf eine Art intellektuelles Basislager für Bewegungspolitik überleben.

In einer Veranstaltung 2015 habe ich auf die Forderung von Bernd Wittich hingewiesen, dass es in unserer Bildungsarbeit um „die Deblockierung des individuellen Zugangs zum

jeder Person eigenen emanzipatorischen Potential“ (2012, S. 94 ) geht. Wir dürfen uns aber nicht wundern, wenn das funktioniert und plötzlich Konflikte produziert, sondern sollten uns freuen, selbst wenn dann alles im Umgang miteinander schwieriger wird.

Zweitens allerdings geht es nach Bernd Wittich darum, in und durch emanzipatorische politische Bildung das „Heraufkommen solidarischer Lebensweisen und solidarischer(er) gesellschaftlicher Verhältnisse hier und heute“ (ebenda) zu befördern - also um einen auf die Gesellschaft bezogenen Vorgang. Links ausgerichtete Emanzipation darf nach Bernd Wittich nicht in falsch verstandener Selbstverwirklichung, in Selbstisolierung und De-Solidarisierung ankommen, sondern soll die Grundlage sein für Organisation, Vereinigung, Vernetzung, Kooperation in Verantwortung für die Gesellschaft.

Es geht also in unserer Bildungsarbeit nicht um ein Angebot für triviales Abholen von Impulsen und Argumenten für mich und nur für mich. Nein, es muss die Stiftung der Ort sein, an dem ein Grund gelegt wird für Hineinwirken in die Gesellschaft. Sie muss ein Ort sein, an dem auch linke Handlungskompetenz und linke Handlungsermächtigung in und gegenüber der Gesellschaft entwickelt wird. (So weit mich selbst zitiert aus dem Jahre 2015.) Und wenn das alles nichts mit Bewegungen und ihrer Grundlegung zu tun hat, was dann?

Wir sind eine starke Stiftung mit fast 300 Mitgliedern. An unseren Veranstaltungen haben im letzten Jahr über 14.000 Menschen teilgenommen. Wir sind technisch halbwegs auf der Höhe, weshalb wir mit unseren Angeboten der Pandemie trotzen konnten, und wir haben ausgebaute Kooperationsbeziehungen. Um die 70% unserer Veranstaltungen finden mit Kooperationspartner\*innen statt. Da bleibt die Berücksichtigung von und Berührung mit Bewegungen zwangsläufig nicht außen vor.

Wir sind auch finanziell eine starke Stiftung. Wir konnten 2020 über eine knappe halbe Million Einnahmen und Ausgaben verfügen. Das hat nun wesentlich mit unserer Parteinähe zu tun.

Gerade das muss aber angestregtes, ergebnisorientiertes Nachdenken zur Folge haben.

Denn unsere materiellen Möglichkeiten hängen - wie gesagt - vornehmlich von den Wahlerfolgen der Partei DIE LINKE ab. Es ist deshalb zunächst legitim, wenn diese Partei auch Ansprüche an die Stiftung stellt. Im Verlauf der 30 Jahre hat sich das durchaus verschieden, auch konfliktär dargestellt. Die Bereitschaft von Landesverband der Partei und ihrer Landtagsfraktion mit der Stiftung zusammenzuarbeiten war von Anfang an gegeben. Die Fraktionsmitglieder traten bald nach der Gründung in den Stiftungsverein ein. Maria Gangloff wurde als Stellvertretende Vorsitzende in den Vorstand gewählt. Und immer waren Fraktionsmitglieder und Landesvorstandsmitglieder im Vorstand der Stiftung tätig. Da gab es kein Problem.

Andererseits kämpfte vor allem Monika Runge als Mitglied des Haushaltsausschusses des Landtages lange und schließlich erfolgreich um eine gerechte Finanzierung unserer Stiftung und gegen die finanziellen Privilegien von SPD und CDU. Was die Stiftung jedoch für die politische Arbeit von Fraktion und Landespartei leisten sollte und könnte, war nicht unstrittig und brachte auch harte Auseinandersetzungen.

Fakt ist: Die Stiftung kann kein Teil der Partei sein. Das verbietet schon das Stiftungsgesetz. Fakt ist aber auch, dass die Stiftung zwar politische Bildung anbieten kann, niemals aber

ein neues Parteijahr, wie es sich weiland auch noch so mancher Genosse und so manche Genossin vorstellten. Ich gestehe, auch ich war nicht ganz frei von solchen Überlegungen. Die Stiftung konnte trotz ihrer starken wissenschaftlichen Ausrichtung auch nie zum „Think Tank“ der Partei werden, was anfangs ebenfalls als Vorstellung in der Fraktion kursierte. Schon das fachliche Profil der Stiftung gab das nicht her.

Unsere Aufgabe ist es vielmehr, durch politische Bildung, durch Kooperationen und Unterstützungen Linkes in die Gesellschaft zu tragen, mit möglichst großer Wirkung für die Partei DIE LINKE. Wir dürfen uns als Institution nicht in Wahlkämpfe einmischen, den einzelnen Mitgliedern ist es jedoch nicht verboten. Gerade da darf sich Parteinähe nicht, wie hin und wieder auch zu beobachten, in vornehme Parteiferne verwandeln.

Es ist als sicher anzunehmen, dass die schlechten Wahlergebnisse der LINKE unsere materiellen Möglichkeiten demnächst deutlich einschränken werden. Da wird viel darüber nachzudenken sein, wie wir unsere Stärke erhalten. Wahlergebnisse sind also zwar zuvörderst Angelegenheit der Partei, aber beileibe nicht nur. Wir müssen die Partei schon durch Analysen, Erkenntnisse und politische Arbeit zu einem erfolgreichen Wahlkampf fähig machen; und wer uns will und braucht, sollte auch die Partei im Wahlkampf aktiv unterstützen.

Vor der Türe steht die AfD mit finanziellen Forderungen für ihre Stiftungen. Das werden wir nicht auf Dauer verhindern können, so sehr ich Gesetzesinitiativen begrüße, die rechtslastige, faschistoide und eindeutig faschistische Stiftungen in ihren Möglichkeiten einschränken wollen. Der Königsweg bleibt, die dahinter stehenden Parteien selbst einzuschränken und ihnen politisch die Möglichkeiten zu nehmen, sich in der Gesellschaft zu entfalten.

Damit bin ich am Beginn meines Nachdenkens. Die Linke ist in einer Krise, weil die Gesellschaft in einer Krise ist. Die Wegweiser deuten derzeit nach Rechts. Wir müssen und wollen einen anderen Weg, eine andere Richtung wieder attraktiver machen.

Das geht nur mit einer Partei und mit Bewegungen, die die von Rosa Luxemburg geforderte Kunst der revolutionären Realpolitik beherrschen. Das braucht eben auch wissenschaftlich fundierte politische Bildung, die sie darin unterstützt und vorwärts bringt. So hört sich der Dreiklang Stiftung- Bewegungen - Partei auch als Wohlklang an. Es wird nichts, wenn wir uns gegenseitig madig machen und weitgehend unreflektierte Emotionalität im Stile von konkurrierenden Fußballfans unsere notwendigen Auseinandersetzungen dominieren.

Erhalten und entwickeln wir deshalb unsere Stiftung zu einem Ankerplatz von Rationalität im Verein mit reflektierter Parteilichkeit und kulturvollem Streit.

Wir könnten meinetwegen sogar für manches und manche Vorbild sein.

Also, auf und nochmals 30 Jahre und mehr. In neuen Situationen mit neuen Generationen. Das soll auch ein unbedingt einzuhaltendes Versprechen an alle mittlerweile verstorbenen Mitglieder, die sich für unsere Stiftung engagiert haben, sein.

Und herzlichen Dank allen, die den Weg durch die letzten 30 Jahre immer wieder gefunden haben und mitgegangen sind.